

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

2. April 2010 - Nr. 12 - 3,50 €

Gastkommentar von Gernot Rammer
zur modernen Familienpolitik 2020



In den USA eine Revolution, in Österreich Realität

Das beste Gesundheits- system für alle!

Was im Land der unbegrenzten Möglichkeiten als Revolution gilt, ist in Österreich schon lange Realität. Die Rede ist von einem Gesundheitssystem, das den Menschen bestmöglichen Zugang zu medizinischen Leistungen bietet. SPÖ Aktuell vergleicht das von US-Präsident Barack Obama reformierte US-Gesundheitssystem mit dem österreichischen System, das zu den besten der Welt gehört. Gesundheitsminister Alois Stöger erläutert im Interview den wichtigsten Unterschied: In Österreich sind 99,8 Prozent der Menschen durch die solidarische Krankenversicherung abgesichert, die Versorgung aller ist dadurch gewährleistet.

Mehr als 45.000 Menschen haben ihre Unterstützungserklärung für die Wiederkandidatur von Heinz Fischer als Bundespräsident abgegeben – ein weiterer Beweis für die Beliebtheit von Heinz Fischer, dessen Wahlkampagne auf Hochtouren läuft. SPÖ Aktuell bringt dazu alle Neuigkeiten.

Neues gibt es auch aus dem südlichsten Bundesland: Bei ihrem Landesparteitag hat die SPÖ Kärnten Peter Kaiser zum Nachfolger von Reinhart Rohr gewählt.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und schöne Oster-Feiertage.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Gesundheitssysteme im Vergleich	4
Interview mit Gesundheitsminister Alois Stöger	5
Heinz Fischers Wiederkandidatur	7
SPÖ-Landesparteitag Kärnten	8
Die neue Lehrerausbildung	9
Gastkommentar von Gernot Rammer zur modernen Familienpolitik 2020 ..	14

„Quick-Start“ für KMU Zusätzliche 4 Mio. Euro Forschungsförderung

Infrastrukturministerin Doris Bures verlängert die „Quick-Start“-Initiative. Jetzt gibt es vier Millionen Euro aus zusätzlichen Mitteln des BMVIT, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu animieren, ihre Forschungsanstrengungen trotz Wirtschaftskrise aufrecht zu erhalten. „Wenn wir wollen, dass Österreichs Unternehmen im internationalen Wettbewerb der Zukunft bestehen, müssen wir die Forschung und Technologieentwicklung in den Betrieben fördern – gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat un-

Rigaud

serer Wirtschaft sind. Denn die Forschungsausgaben von heute schaffen die Arbeitsplätze von morgen“, so Bures. Bis dato wurden bereits 157 Projekte von KMU mit Projektkosten von 53,5 Mio. Euro gefördert.



Infrastrukturministerin Doris Bures verlängert die Quick-Start-Initiative für KMU bis Herbst 2010.

THEMEN DER WOCHE

Bildungskarenz boomt

Bezieher im Monatsschnitt:



Bildungskarenz immer beliebter

Allein in den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 nutzten im Schnitt bereits 7.063 Personen die Bildungskarenz. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 2.000 Personen mehr. Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist klar: „Jetzt ist die beste Zeit, jene Qualifikationen zu erwerben, die nach der Krise nachgefragt sein werden“. Die Bildungskarenz ist eine attraktive Alternative zur Kündigung und somit ein wertvolles Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik.

mitreden.spo.e.at

Meinungsforum:

Brauchen wir eine neue Lehrerausbildung?

Die von Bildungs- und Wissenschaftsministerium eingesetzte Expertenkommission empfiehlt eine gemeinsame Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen. Junglehrer sollen in einem Turnus künftig praktische Erfahrungen sammeln.

Diskutieren Sie unter www.spo.e.at mit, ob das eine geeignete Maßnahme für mehr Praxisbezug und Sozialkompetenz ist.



Zinner

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

Maier: Finanzminister soll Steuerschulden eintreiben

Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage an den Finanzminister wollte SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier wissen, auf welche Summe sich die Steuerschulden von österreichischen Unternehmen 2009 belaufen. „Österreichische Unternehmen schulden dem Staat über zwei Milliarden Euro. Der Finanzminister wird aufgefordert, diese unverzüglich einzutreiben. Das wäre eine wesentliche Entlastung für unser Budget“, so Maier.

Zitat der Woche

„Es ist unsere historische Aufgabe, der Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

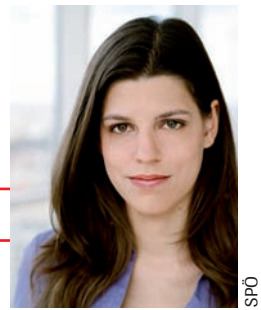
SPÖ Aktuell

Mitteilung der Redaktion

Der „Datenteufel“ hat zugeschlagen

Beim Versenden eines Briefes, der einer der letzten Ausgaben von SPÖ Aktuell beigelegt war, hat sich leider der „Datenteufel“ eingeschlichen. Daher wurden in einigen wenigen bedauerlichen Fällen versehentlich für Abonnenten bestimmte Briefe an Nicht-Abonnenten verschickt und umgekehrt! Für die daraus resultierenden Verwirrungen möchten wir uns bei allen Betroffenen entschuldigen.

Eure Redaktion



Ohne Druck geht gar nichts!

In der Geschichte der Demokratie hat sich eines immer wieder gezeigt: Wer sich bei Themen durchsetzen möchte, muss dafür mobilisieren. Nichts werden wir umsetzen und erreichen, wenn wir nicht dafür mobilisieren können. In meiner letzten Rede vor dem Nationalrat habe ich die Frage von gerechten und ungerechten Steuern thematisiert.

Fest steht: Wir brauchen gerechte Einnahmen. Deshalb sollen jene ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten, die die Wirtschafts- und Finanzkrise auch mitverursacht haben – die Banken und Spekulanten. Ungerecht sind undifferenzierte Massensteuern, die die hart arbeitenden Menschen zur Kasse bitten würden.

Am Tag nach meiner Parlamentsrede haben sich einige Medien lediglich mit meiner pointierten Botschaft von „guten und bösen Steuern“ befasst.

Zwei Tage darauf erdreistete sich Raiffeisen-Generalanwalt Konrad im „Ö1-Mittagsjournal“ zu erklären, was Politik darf und was sie nicht darf. Daraufhin stellte ich in einer Presseaussendung klar, dass „die Überheblichkeit der Banken völlig unangebracht und ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Menschen ist“. Immerhin haben die Österreicher den strauchelnden Banken mit Steuergeldern durch die Krise geholfen.

Ich forderte weiters, dass „auch die Banken ihren gerechten Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssen“ und stellte klar, dass der Koalitionspartner der von Bundeskanzler Werner Faymann geforderten Bankenabgabe bereits zugestimmt hat. Wichtig war mir auch, Finanzminister Pröll wieder aufzurufen, sich nicht „vor den Banken zu fürchten“, wenn es um eine gemeinsame Politik im Sinne unseres Landes geht.

Von alledem war aber am nächsten Tag nichts in den Medien zu lesen. Mehr noch: Einige Medien brachten zwar das Konrad-Interview – kritische Kommentare wie etwa von mir, aber auch von anderen Seiten, haben keinen Platz gefunden.

Dass es sich dabei um von der Raiffeisenbank nicht gerade unabhängige Medien handelte, mag dabei nicht überraschen.

Die Lobby des Banken- und Spekulantennetzwerks ist groß und mächtig. Ihr et-



Erfolgreiches Mobilisieren ist der Schlüssel zur Durchsetzung unserer Themen.

was entgegenzusetzen, scheint fast unmöglich. Aber können wir als Sozialdemokratie dabei zusehen, wie sich Banken und Spekulanten ihren Weg zu politischem Einfluss suchen? Nicht die Banken beschließen Gesetze, sondern die demokratisch gewählten Vertreter.

Wir haben die historische Aufgabe, die richtigen Lehren aus dieser Wirtschaftskrise zu ziehen. Nach der Krise darf nicht vor der Krise sein. Wir müssen für unsere Themen mobilisieren und Druck erzeugen. Wenn wir Verteilungsgerechtigkeit wollen, müssen wir dafür mobilisieren, um uns durchzusetzen. Wenn wir uns in der Verteilungsfrage nicht durchsetzen, liegt es nicht am Bund, an den Ländern oder den Gemeinden – es liegt an allen. Es muss uns noch besser gelingen, unsere Kraft (von der Gewerkschaft bis zum Wirtschaftsverband, von Alt bis Jung) zu bündeln und zu überzeugen.

Eine Kraft wie die Sozialdemokratie lässt sich weder einschüchtern, noch fürchtet sie sich – auch nicht vor Banken und Spekulanten.

Eine Kraft wie die Sozialdemokratie lässt sich weder einschüchtern, noch fürchtet sie sich – auch nicht vor Banken und Spekulanten.

Wer steht auf unserer Seite in der Verteilungsfrage? Wer bildet mit uns eine Allianz? Wer kämpft mit uns für Gerechtigkeit? Weder die Banken- noch die Finanzlobby, und auch nicht diejenigen, die immer nur destruktive Kritik üben, helfen uns im Kampf für mehr Gerechtigkeit und Fairness. Es liegt an uns: Wir müssen daher geschlossen für unsere Themen mobilisieren! ♦

GESUNDHEIT

Krankenversicherungspflicht

46 Millionen Menschen in den USA sind nicht krankenversichert. Das soll sich durch Obamas Gesundheitsreform ändern. Es bietet sich an, einmal einen genaueren Blick darauf zu werfen und einen Vergleich mit dem österreichischen Gesundheitssystem zu ziehen.



picturedesk

US-Präsident Barack Obama unterschreibt den Vertrag zur Gesundheitsreform. Erstmals wird in den USA eine Versicherungspflicht für die Bürger bestehen, andernfalls drohen Bußgelder – auch für Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht versichern.

HBF



„Österreich braucht in Sachen Gesundheitsversorgung den Vergleich innerhalb Europas und schon gar nicht international zu scheuen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Die Vereinigten Staaten verfügen bisher als einzige Industrienation über keine allgemeine staatliche Krankenversicherung. Grundsätzlich ist daher jeder Bürger selbst für seine Versicherung verantwortlich. Während in den USA erst ein gerechteres Gesundheitssystem, das die verpflichtende Versorgung aller Bürgerinnen und Bürgervorsieht, anläuft, ist dies in Österreich schon lange gang und gäbe. „Das qualitativ hochwer-

tige Gesundheitswesen in Österreich gehört zu den besten der Welt“, bestätigt auch Gesundheitsminister Alois Stöger.

46 Millionen Menschen in den USA leben ohne Krankenversicherung – das sind mehr als 15 Prozent der 300 Millionen Einwohner. Mit der vor einigen Tagen verabschiedeten Gesundheitsreform von US-Präsident Barack Obama sollen rund 32 Millionen bisher nicht versicherte Menschen Zugang zu Versicherungsschutz erhalten. Einkommensschwache Haushalte erhalten Beihilfen für die Krankenversicherung. Diese Reform ist Obamas bisher größter Erfolg.

Versicherungsschutz nur mit Job

Ein grundlegender Unterschied zwischen dem österreichischen und dem US-ame-

nach europäischem Beispiel

rikanischen Gesundheitssystem liegt in der Koppelung des Versicherungsschutzes an die Erwerbstätigkeit. Dass der Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge in den USA bezahlt, ist zwar in vielen, vor allem großen, Unternehmen üblich, aber keine Pflicht. Erlischt das Arbeitsverhältnis, erlischt auch der Versicherungsschutz. Die Folgen: keine Mittel für einen Arztbesuch und oft jahrelange gesundheitliche Beschwerden. Nur in Notfällen sind Krankenhäuser verpflichtet, für die Versorgung eines Patienten aufzukommen. Senioren sowie Personen mit sehr niedrigem Einkommen werden von öffentlichen Krankenversicherungen versorgt. Diese Versicherungen sollen durch Obamas Reform verbessert und ausgeweitet werden.

Armut oder Vorerkrankungen verhindern Versicherung

Die Hauptgründe, weshalb so viele Menschen in den USA keine Krankenversicherung haben: Viele sind zu arm, um sich eine private Krankenversicherung leisten zu können, aber zu einkommensstark für staatliche Hilfe – davon sind 56 Prozent der nicht Versicherten betroffen. Andere wiederum werden aufgrund von Vorerkrankungen von der Krankenversicherung abgelehnt – das soll in Zukunft untersagt werden. Im Gegensatz dazu besteht in Österreich die Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen. Familienmitglieder sowie nicht erwerbstätige Ehepartner und Kinder werden mitversichert. Nicht Erwerbstätige sind automatisch versichert.

Teuerstes Gesundheitssystem der Welt

Und trotzdem: Das Gesundheitssystem der USA ist weltweit mit Abstand das teuerste. Die Ausgaben gemessen am Anteil des BIP (Bruttoinlandsprodukt) sind mit 15,3 Prozent am höchsten. Zum Vergleich: In Österreich werden 10,7 Prozent des BIP ausgegeben.

Trotz der hohen Ausgaben ist der durchschnittliche Gesundheitszustand der amerikanischen Bevölkerung im Vergleich mit anderen Industrienationen unterdurchschnittlich. Besonders ausgeprägt ist die regional und sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen.

INTERVIEW

„Solidarische Krankenversicherung garantiert Versorgung aller“

Gesundheitsminister Alois Stöger über die Bedeutung von Prävention und Solidarität für das österreichische Gesundheitssystem.

SPÖ Aktuell: Was ist der gravierendste Unterschied zwischen unserem und dem US-amerikanischen Gesundheitssystem?

Alois Stöger: Der größte Unterschied und entscheidende Vorteil unseres Systems ist sicherlich, dass in Österreich 99,8 Prozent der Menschen durch die solidarische Krankenversicherung abgesichert sind – die Versorgung aller ist dadurch gewährleistet. Ein Ziel, dem sich Obama mit seiner Reform in einem ersten Schritt erst langsam annähert. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Prävention. Sowohl Mensch als auch Staat profitieren gesundheitlich bzw. finanziell von regelmäßig oder anlassbezogen durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen.

Vorsorgeuntersuchungen sind gut, aber vor allem der Lebensstil ist wichtig für die Gesundheit.

Stöger: Daher haben wir einen Schwerpunkt im Bereich Ernährung gesetzt. Mit dem Nationalen Aktionsplan Ernährung entwickeln wir Maßnahmen, die dazu beitragen werden, dass es den Menschen immer und in jedem Lebensbereich – vom Kindergarten bis zur Kantine – möglich sein wird, sich gesund und ausgewogen zu ernähren. Die gesunde Wahl muss die leichtere sein, denn die Ernährung entscheidet in hohem Maße über Gesundheit oder Krankheit.

Welche weiteren lebensstilbezogenen Maßnahmen sollen den Österreichern helfen, gesünder zu leben?

Stöger: Ganz aktuell ist beispielsweise das Rauchertelefon (0810/810 013), das von Gesundheitsministerium und Hauptverband gemeinsam getragen wird. Dort kann

Preiss



Gesundheitsminister Alois Stöger: In Österreich sind 99,8 Prozent der Menschen durch die Krankenversicherung abgesichert.

sich jeder, der mit dem Rauchen aufhören möchte, Beratung holen oder anrufen, wenn er Schwierigkeiten in der Entwöhnungsphase hat.

Können Sie noch ein konkretes Beispiel zur Krankheitsprävention nennen?

Stöger: Neben der allgemein bekannten Gesundenuntersuchung, die jeder Versicherte ab dem 18. Lebensjahr jährlich in Anspruch nehmen kann und soll, haben wir seit Anfang 2010 auch den Mutter-Kind-Pass um drei Untersuchungen erweitert, z.B. den Zuckerbelastungstest zur Früherkennung von Schwangerschaftsdiabetes sowie einen HIV-Test und eine zusätzliche Ultraschalluntersuchung. ♦

Nicht oder schlecht Versicherte zögern aufgrund der Kosten oft akut notwendige Behandlungen hinaus oder nehmen Vorsorgeuntersuchungen nicht in Anspruch. Das

amerikanische Gesundheitssystem ist mehr auf Heilung als auf Krankheitsprävention fixiert. Das Vorsorgedenken steht in Österreich im Zentrum vieler Aktivitäten. ♦

BESCHÄFTIGUNG

Positive Tendenzen am Arbeitsmarkt

Dank der zahlreichen Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung ist gelungen, was noch vor einem Jahr kein Experte für möglich gehalten hätte: Die Arbeitslosigkeit in vier Bundesländern, bei den 15- bis 19-Jährigen und in der Industrie ist rückläufig.

Bilderbox



Die SPÖ-geführte Bundesregierung kämpft für jeden Arbeitsplatz. Heuer stehen 1,15 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

„Die Jugend steht im Fokus. Daher hat die Bundesregierung die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung Jugendlicher um 60 Millionen Euro auf insgesamt mehr als 560 Millionen Euro erhöht.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist der SPÖ-geführten Regierung besonders wichtig. Daher wurden die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung Jugendlicher um 60 Millionen Euro auf insgesamt mehr als 560 Millionen Euro erhöht. „Das ist sehr viel Geld, aber es ist sehr, sehr gut investiertes Geld“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer in seiner vielbeachteten Rede im Nationalrat. „Der österreichische Arbeitsmarkt ist in Bewegung. Vom 28. Februar 00:00 Uhr bis 24. März 17:00

Uhr haben 41.000 arbeitslose Menschen wieder eine Beschäftigung aufgenommen“, so Hundstorfer. Die Arbeitsmarktpolitik hat die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen der 2. Republik zu bewältigen, vor einem Jahr brach die Industrieproduktion stärker ein als in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Dank der zahlreichen Maßnahmen und der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnte Beschäftigung gesichert werden und nun ist gelungen, was vor einem Jahr noch kein Experte für möglich gehalten hätte: So befindet sich die Arbeitslosigkeit in vier Bundesländern unter dem Niveau von 2009 und ist weiter rückläufig, die Jugendarbeitslosigkeit sinkt, die Frauenbeschäftigung steigt wieder an, die Industriearbeitslosigkeit geht zurück und Österreich verfügt europaweit über die zweitniedrigste Arbeitslosenquote mit einem Rückgang von 5,1 auf 4,7 Prozent vom dritten auf das vierte Quartal 2009.

Ausbildungsgarantie greift

Die zahlreichen Maßnahmen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zeigen Wirkung und die Ausbildungsgarantie greift. So ist die Zahl der Lehrverträge ebenso hoch wie 2008, von den insgesamt 131.000 Lehrverträgen sind 10.000 in überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Für den Arbeitsminister zeigt dies, dass „die betriebliche Ausbildung natürlich auch weiterhin bevorzugt wird“. Von der „Aktion Zukunft Jugend“, dem Förderprogramm speziell für 19- bis 24-Jährige, profitierten im Vorjahr 83.000 Jugendliche, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres haben bereits 19.529 Jugendliche über diese Maßnahme einen Arbeitsplatz gefunden.

„Aktion 6.000“ Antwort auf „Generation Praktikum“

Mit der „Aktion 6.000“ will die Bundesregierung eine Antwort auf die „Generation Praktikum“ geben. Hundstorfer: „Junge Menschen finden nach ihrer Matura, ihrem Studium oder ihrem FH-Abschluss oft nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse.“ Mit Eingliederungsbeihilfen soll diesen jungen Menschen der Einstieg ins Berufsleben erleichtert werden. ♦



Arbeitsminister Hundstorfer beim Besuch einer Lehrwerkstätte. Mit den Lehrwerkstätten kann die Bundesregierung jedem Jugendlichen innerhalb von 40 Tagen einen Ausbildungsplatz garantieren.

Zinner

WAHLKAMPAGNE

Wiederkandidatur von Heinz Fischer stößt auf enormes Echo

Mehr als 45.000 Menschen haben eine Unterstützungserklärung für Bundespräsident Heinz Fischer unterschrieben, um ihm seine Wiederkandidatur zu ermöglichen.



Am ersten Tag der Österreich-Tour wurde Wiens bekanntester Markt, der Naschmarkt, besucht. Der Bundespräsident kauft dort gerne ein und plaudert mit den Menschen.

Ich freue mich über dieses starke Signal und bedanke mich bei all jenen, die ihre Unterstützungserklärung abgegeben haben“, sagte Kampagnenkoordinator Stefan Bachleitner bei der Übergabe der Unterstützungserklärungen an die Bundeswahlbehörde. Bei der Abgabe der Erklärungen waren auch Vertreterinnen und Vertreter der „Überparteilichen Initiative für Dr. Heinz Fischer“ – darunter Schauspielerinnen Maresa Hörbiger, Kommunikationsexperte Michael Hlava und Journalistin Trude Sagmeister – anwesend. Mit den 45.000 Unterschriften hat Fischer die geforderten 6.000 deutlich überschritten und auch mehr Unterstützung als 2004 erhalten. Damals hatte Fischer rund 40.000 Unterstützungserklärungen vorgelegt. Dass dies nun übertroffen wurde, sei ein „sehr, sehr schönes Ergebnis“, meinte Bachleitner. Unmittelbar vor der Übergabe

der Unterstützungserklärungen startete der Bundespräsident seine Tour durch Österreich. Einer der ersten Stopps war der Wiener Naschmarkt. Dort kostete sich Fischer durchs Sortiment – kaum ein Standbesitzer, der dem Staatsoberhaupt nicht getrocknete Früchte, Falafel, Oliven oder andere Spezialitäten anpries. Für Gespräche, Autogramme und Fotowünsche blieb dennoch genügend Zeit. In Begleitung seiner Frau Margit besuchte Heinz Fischer auch den Brunnenmarkt in Wien. Dort plauderte der Bundespräsident ungezwungen mit Marktbesuchern und fachsimpelte mit den Standbetreibern.

Die nächsten Stopps der Tour sind Lustenau und Hohenems (6. April), Gols, St. Andrä am Zicksee, Wallern (7. April), Salzburg (8. April), Wien (10. April), St. Pölten (12. April). Weitere Termine sind auf www.heinzfischer.at zu finden. ♦

„Ich möchte heute Danke sagen: Danke für rund 45.000 Unterstützungserklärungen, die eingereicht wurden! Danke für euer Engagement!“

Bundespräsident Heinz Fischer



Bis zur Wahl am 25. April reist Bundespräsident Heinz Fischer durchs Land und besucht verschiedene Gemeinden und Betriebe.



Rund 45.000 Unterstützungserklärungen wurden vom Überparteilichen Personenkomitee übergeben. Das ist ein „starkes Signal“, so Kampagnenkoordinator Stefan Bachleitner.

LANDESPARTEITAG KÄRNTEN

78,4 Prozent für Peter Kaiser



Beim Landesparteitag der SPÖ Kärnten wurde Landesrat Peter Kaiser zum Nachfolger von Reinhart Rohr gewählt – mit eindrucksvollen 78,4 Prozent der Delegiertenstimmen.



Will die SPÖ „deutlich unterscheidbar“ machen und mehr Platz für Junge und Frauen schaffen: Der neue SPÖ Kärnten-Chef Peter Kaiser.

Mehr als 1.000 Delegierte und Gäste hatten sich vergangene Woche gemeinsam mit Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ-Klubobmann Josef Cap sowie SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter in der Messearena Klagenfurt eingefunden, wo der 32. Ordentliche Landesparteitag der SPÖ Kärnten über die Bühne ging. Dabei wurde der 51-jährige Peter Kaiser von 78,4 Prozent der Delegierten zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt. SPÖ-Bundesparteivorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte, dass mit Peter Kaiser „ein erfahrener Politiker an die Spitze der Kärntner SPÖ tritt. Das eindeutige Votum der Delegierten zeugt von der Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Kärnten“. Beim scheidenden Landesparteichef Reinhart Rohr bedankte sich Faymann für die engagierte und gute Zusammenarbeit.



Erteilt Spekulanten und Abzockern eine Absage: Bundeskanzler Werner Faymann in seiner Grußrede.



Mehr als 1.000 Delegierte und Gäste waren beim Landesparteitag der SPÖ Kärnten in Klagenfurt dabei.

Werner Faymann: Krise erst zu Ende, wenn es wieder mehr Beschäftigung gibt

Bundeskanzler Werner Faymann unterstrich in seinen Grußworten, dass „für die SPÖ die Wirtschaftskrise erst zu Ende ist,

wenn es wieder mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslose gibt, nicht wenn der Aktienindex ansteigt“. Die SPÖ werde „Spekulation bestmöglich verhindern“ und dort „erbitterter Gegner“ sein, wo versucht werde, jenes System wieder aufzubauen, das zur Wirtschaftskrise geführt hat. ♦

Fotos: Eggenberger

HYPO ALPE ADRIA

SPÖ kritisiert Schritt gegen „News“

Ein Gericht verbietet dem Magazin „News“ aus den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft zu berichten. Aber auch ohne die Akten gelangen immer mehr Details der Causa ans Licht.

In seiner vorletzten Ausgabe berichtete „News“ exklusiv über neueste Erkenntnisse im Bankenskandal rund um die Hypo Alpe Adria. Grundlage für die Berichte sind die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft. Dabei wurde enthüllt, auf welche Misswirtschaft und mutmaßlich kriminellen Machenschaften die Ermittlungsbehörden bei der Hypo Alpe Adria gestoßen sind. Kaum wurde aus den Akten zitiert, erließ das Wiener Bezirksgericht Leopoldstadt auf Antrag der Hypo eine einstweilige Verfügung. Jegliche Veröffentlichung aus den Akten sei rechtswidrig und gefährde die Bank, lautet die Begründung.

Kräuter sieht Pressefreiheit erschüttert

„Dieser völlig unverhältnismäßige Eingriff in die mediale Berichterstattung zu einem der größten Politik- und Finanzskandale der Zweiten Republik erschüttert die Fundamente der Pressefreiheit in Österreich“,



picturdesk, Zimmer

Die Verfügung gegen „News“ ist für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ein „Zensurversuch“.

kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Aber auch ohne Akten werden nun immer mehr Details bekannt. So veröffentlicht „News“ in seiner aktuellen Ausgabe ein E-Mail an den damaligen Finanzminister Grassner. Die Nachricht, die dem Grassner-Vertrauten Meischberger geschickt wurde, rückt damit die

Rolle des Ex-Finanzministers in ein neues Licht.

„News“ berichtet auch, dass Kärntens damaliger Landeshauptmann Haider vor dem U-Ausschuss gelogen und sich bereits im Februar 2007 mit den Hypo-Investoren getroffen hat und somit nicht erst im März 2007 von den Ambitionen der Bayern erfahren hat. ♦

SCHULE

Auf höchstem Niveau: Die neue Lehrerbildung

Noch in dieser Legislaturperiode soll die neue Bildung der Lehrerinnen und Lehrer starten. Die von Bildungsministerin Claudia Schmied eingesetzte Expertengruppe hat ihren Endbericht zur „Lehrerbildung NEU“ vor kurzem vorgelegt.

Mehr als 50 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer werden ab 2013 in Pension gehen. Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist

daher jetzt „ein sehr guter Zeitpunkt, um die Lehrerbildung von Grund auf neu aufzustellen“. Klares Ziel ist eine durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (PHs) abgestimmte Lehrerbildung mit Aufnahmeverfahren auf tertiärem Niveau. Was dazu nötig ist, zeigt der detaillierte Bericht der von Bildungs- und Wissenschaftsministerium eingesetzten Expertengruppe. So sollen künftig alle angehenden Lehrer einschließlich der Kindergartenpädagoginnen eine Bachelor-Ausbildung absolvieren – und das in „Bildungsclustern“ von Unis und PHs. Dabei sollen die Grundlagen für alle Studierenden gleich unterrichtet werden – eine Maßnahme, die auch zu mehr Durchlässigkeit

führt und den Wechsel zwischen den Ausbildungen erleichtert.

Mehr Praxisnähe, höhere Einstiegsgehälter

Im Bericht wird auch ein „Turnus“ zur Probe empfohlen: Junglehrer können in diesem mindestens zweijährigen Turnus praktische Erfahrungen sammeln und sollen – bei reduzierter Arbeitszeit – parallel zu ihrem Lehrerberuf einige Stunden an Unis oder PH absolvieren. Ändern soll sich auch das Dienst- und Besoldungsrecht: Lehrer sollen nicht nach Dienstjahren, sondern nach Funktionen bezahlt werden. Außerdem soll es höhere Einstiegsgehälter geben. ♦



Bildungsministerin Claudia Schmied: Durch die neue Lehrerbildung wird es praxisnähere Ausbildung und mehr Sozialkompetenz an den Schulen geben.

Fotolia

SOZIALES

Ein Meilenstein in der österreichischen Behindertenpolitik

Sozialminister Rudolf Hundstorfer lässt einen neuen Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen in Österreich erstellen.

BMASK



Der Nationale Aktionsplan (NAP) soll die Leitlinien der österreichischen Behindertenpolitik für die nächsten zehn Jahre (2011-2020) festlegen. Die Schwerpunkte des NAP sind:

- ▶ Beschäftigungsförderung von Menschen mit Behinderungen
- ▶ Umfassende Sicherung der Betreuung und Pflege behinderter Menschen
- ▶ Teilhabe behinderter Kinder und Jugendlicher an Bildung
- ▶ Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichstellung (Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts)
- ▶ Maßnahmen zur Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen.

Grundlage für die kommenden Diskussionen soll der Staatenbericht zur innerstaatlichen Umsetzung der UN-Behindertenkonvention sein, zu deren Erarbeitung der Sozialminister vergangene Woche den Startschuss gab. Rudolf Hundstorfer hat alle wesentlichen Akteure der österreichischen Behindertenpolitik eingeladen, ihre Beiträge bis 30. April dazu zu übermitteln. Spätestens am 26. Oktober soll der österreichische Bericht dann an die UNO-Gremien geschickt werden.

Für SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig ist der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen, der alle Gesellschaftsbereiche umfasst, „ein Meilenstein in der österreichischen Behindertenpolitik“. ♦

„Ich beabsichtige, den Prozess zur Erstellung dieses Staatenberichts zu nutzen, um auch über die künftigen strategischen Ausrichtungen in der Behindertenpolitik zu sprechen“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

WAHLRECHT

Kräuter-Kritik an ÖVP-Ablenkungsmanöver

Die ÖVP sehnt eine Wahlrechtsreform herbei. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sieht darin ein „plumpes Ablenkungsmanöver“.

Die ÖVP sah sich jüngst veranlasst, eine große Wahlrechtsreform in Österreich einzufordern. Und das, obwohl das Innenministerium es verabsäumte, die Bevölkerung über die umfangreiche Wahlrechtsreform 2010 zu informieren. Darin enthalten sind beispielsweise auch zahlreiche Änderungen der Briefwahl zur Bundespräsidentenwahl. Da die ÖVP über keinen Kandidaten verfügt, verweigert die ÖVP-Innenministerin den Wahlberechtigten in „verantwortungsloser und staatspolitisch unwürdiger Weise“ die übliche amtliche Information, so Kräuters Kritik.

Deshalb fordert Kräuter ÖVP-Generalsekretär Kaltenegger auf, nicht als „Wahlrechtstheoretiker zu dilettieren“, sondern zu den Versäumnissen des Innenministeriums Stellung zu beziehen. Der Diskussionsseifer der ÖVP zu Wahlrechtsfragen ist für Kräu-

ter ein „plumpes Ablenkungsmanöver von der parteipolitisch motivierten Strategie, die Wahlbeteiligung bei den bevorstehenden Bundespräsidentenwahlen möglichst gering zu halten“.

Nein zur Ausdehnung des E-Votings

Das von der ÖVP geforderte E-Voting ist außerdem bei der Wahl zur Universitätsvertretung 2009 gescheitert: „Die Wahlmethode per Mausklick verstößt gegen fundamentale Prinzipien des österreichischen Verfassungsrechtes und ver-

letzt nicht nur das geheime und persönliche Wahlrecht, sondern auch Datenschutzprinzipien.“ Eine Ausdehnung auf allgemeine Wahlen kommt für die SPÖ daher keinesfalls in Frage. ♦

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter: Statt in Wahlrechtstheorie zu dilettieren, sollte die ÖVP zu den Versäumnissen des Innenministeriums Stellung nehmen.**



SPÖ

Biographie

Er rührte an den Schlaf der Welt

Jochen Voit erschließt in seiner grandios erzählten Biographie die Jahrhundertgestalt Ernst Busch und seine Epoche.

Ernst Busch (1900-1980) war einer der schillerndsten Bühnenstars, die Deutschland im 20. Jahrhundert zu bieten hatte. Ihm haftete stets der Ruch der Revolte an und er galt als eine Ikone der Linken. Berühmt wurde er 1931 als Moritatensänger in der Verfilmung der „Dreigroschenoper“. 1946 gründete er die erste und einzige Schallplattenfirma der DDR, geriet jedoch mit der SED in Konflikt. Zugleich feierte er als Brecht-Schauspieler Triumphe und seine Lieder sind eine Chronik

des 20. Jahrhunderts. Berüchtigt wurde er durch die Hymne „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“. Was Ernst Busch sang, sprach und spielte, geriet stets zur Gratwanderung zwischen Kunst und Politik, zwischen Ideologie und Entertainment. In der Sowjetunion galt er als „größter Deutscher“ neben Heine, Marx und Goethe. Sein Publikum schmückte ihn mit Beinamen wie „Barrikaden-Caruso“, „Rote Nachtigall“ und „singendes Herz der Arbeiterklasse“.

☐ Stk.


Jochen Voit:
Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch – Die Biographie.
Aufbau Verlag, Berlin 2010;
515 S., 25,70 €

Enthüllung

Vatikan AG

Spannend und fesselnd erzählt das Buch von den waghalsigen Finanzgeschäften der Vatikanbank.

Die unerhörte Geschichte, die hier erzählt wird, stützt sich auf ein umfangreiches Geheimarchiv, das in der Schweiz lagerte und hier erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Viertausend geheime Dokumente des Heiligen Stuhls, Briefe, vertrauliche Mitteilungen, Aktennotizen, Protokolle, Kontoauszüge und Buchungsbelege gewähren einen Blick hinter die Kulissen des vatikanischen Finanzsystems. Die Dokumente stammen aus dem Nachlass Monsignore Renato Dardozzis (1922-

2003), bis Ende der neunziger Jahre einer der wichtigsten Mitarbeiter des IOR (Institut für die Werke der Religion), wie die Vatikanbank offiziell heißt. Der Autor Gianluigi Nuzzi arbeitet als investigativer Journalist bei der italienischen Zeitschrift „Panorama“, zuvor war er für die Tageszeitungen „Corriere della Sera“ und „Il Giornale“ tätig. Seit 1994 verfolgt er die Polit- und Finanzskandale Italiens. Im Frühjahr 2008 erhielt er Zugang zum Geheimarchiv Dardozzis.

☐ Stk.


Gianluigi Nuzzi:
Vatikan AG.
Ecowin Verlag,
Salzburg 2010;
356 S., 20,50 €

Analyse

Die europäische Chance

Armut, Migration, Energiefragen oder Klimawandel sind politische Aufgaben, die von einzelnen Staaten nicht zu bewältigen sind.

Seit 1. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft. Zehn lange Jahre hat es gedauert, bis es so weit war. Der Prozess war unterbrochen von herben Rückschlägen, ehe weißer Rauch in Brüssel aufgestiegen ist. Doch Europa ist mehr als ein bürokratischer Koloss. Das europäische Projekt gilt in vielen Ländern außerhalb der EU als Modell und Vorbild. Denn Europa ist ein Garant für Stabilität, Friede und Wohlstand. Und die Vollendung der europäischen Integration im 21. Jahrhundert ist die zwin-

gende Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung. Die Straffung der europäischen Spielregeln, die Vereinfachung des komplizierten Systems, ein Europa, das näher an die Bürger heranrückt, ein qualitativer, nicht nur quantitativer Maßstab für Wachstum – darin liegt die Chance.

Zwei Top-Experten auf dem Gebiet der Europa-Politik zeigen in diesem Buch die Stärken und Schwächen der EU auf, erläutern ihre Chancen und umreißen die Gefahren, denen sie ausgesetzt ist.

☐ Stk.


M. Kopeinig, W. Petritsch:
Die europäische Chance. Neustart nach der Krise.
Verlag Kremayr & Scheriau,
Wien 2010;
222 S., 21,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

228.000 Euro für Discobus-Gemeinden



Die Discobus-Initiative wird als förderungswürdiges Projekt anerkannt. Mit der Förderung wird der Einsatz für mehr Verkehrssicherheit gewürdigt.

Durch die zusätzlichen Finanzmittel wird das Engagement der Partnergemeinden honoriert, so der Obmann des Vereins „Discobus“ und Klubobmann der SPÖ Burgenland Christian Illedits. Die Discobusse wurden – nach intensivem Einsatz des Trägervereins – im Rahmen des Budgetausgleiches als förderungswürdiges Nahverkehrsprojekt anerkannt und erhalten somit rückwirkend für das Jahr 2008 Förderungen in Höhe von 227.671 Euro. „Das ist ein großer Erfolg, der unseren gemeinsamen Einsatz für die Verkehrssicherheit junger Menschen bestätigt und unseren Partnergemeinden massiv den Rücken stärkt“, betont Illedits. Durch diese Anerkennung kann

den Discobus-Gemeinden ein wesentlicher Teil ihrer Beiträge rückerstattet werden. Das ist besonders in wirtschaftlich angespannten Zeiten ein wichtiges Zeichen. Die derzeit 16 Linien sind jeden Samstag als sichere Alternative zum Privat-PKW unterwegs. Der Ticketpreis beträgt dank der Förderungen günstige zwei Euro.

Fahrtzeit-Datenbank und Discobus-Card

Das Projekt Discobus wird ständig weiterentwickelt. „Wir wollen auf den Zug der Zeit aufspringen und die Service-Qualität für die Jugendlichen erhöhen“, so Vereinsobmann Illedits. Eine Datenbank-Abfrage der Fahrtzeiten soll via Handy möglich sein. Weiters wird eine neue Discobus-Card zum Einsatz kommen, die zahlreiche Vergünstigungen bringt. Außerdem sollen die Discobus-Haltestellen als solche sichtbar gemacht werden. ♦



SPÖ Burgenland

Discobus-Obmann Christian Illedits, Geschäftsführer Thomas Hoffmann und Obmann-Stellvertreter Andreas Gradwohl haben eine gute Nachricht für die Discobus-Gemeinden: Diese erhalten rund 228.000 Euro an Fördermitteln.

SOZIALISTISCHE JUGEND

Lichtertanz gegen Rosenkranz



Mit einem Lichtermeer und deutlichen Worten haben Tausende gegen die Präsidentschaftskandidatur der Freiheitlichen Barbara Rosenkranz demonstriert.

6.000 Fackeln setzten vergangene Woche ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Neonazismus. Unter dem Titel „Lichtertanz gegen Rosenkranz“ versammelten sich tausende Menschen am Ballhausplatz, um gegen die extrem rechte FP-Politikerin Barbara Rosenkranz zu demonstrieren. „Rosenkranz steht für rassistische Politik. So eine Person darf Österreich nicht vertreten. Darum braucht es unseren Widerstand“, bringt Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich (SJ), die Beweggründe der Veranstaltung auf den Punkt. Die Aktion wurde von zahlreichen Prominenten aus Kunst, Kultur und Politik unterstützt.



Lichtermeer gegen Barbara Rosenkranz: 6.000 Fackeln setzen ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Neonazismus.

Unter den Teilnehmern fanden sich unter anderem Medienstaatssekretär Josef Ostermayer, Ariel Muzicant,

„Rosenkranz steht für rassistische Politik. So eine Person darf Österreich nicht vertreten. Darum braucht es unseren Widerstand.“

Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der SJ

Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde und Kabarettist Florian Scheuba. ♦

TIROL

Erfreuliches Ergebnis bei Bürgermeister-Wahlen



Die Bürgermeister-Stichwahlen in Tirol brachten ein erfreuliches Ergebnis für die SPÖ Tirol. Insgesamt konnte man vier Orts-Chefs dazugewinnen.

Die SPÖ Tirol konnte bei den jüngsten Bürgermeister-Stichwahlen zwei Bürgermeister erfolgreich verteidigen und eine Bürgermeisterin dazu gewinnen. In Wörgl setzte sich die SPÖ-Kandidatin Hedwig Wechner gegen den amtierenden Orts-Chef der ÖVP durch. In Stumm und Reutte konnte die SPÖ Tirol den Bürgermeistersessel erfolgreich halten. Lienz und Landkämpfen wurden leider knapp verfehlt. Somit konnten die Tiroler Sozialdemokraten im Zuge der Gemeinderatswahlen die Zahl der Bürgermeister von 22 auf insgesamt 26 ausbauen. Der erfreuliche Bürgermei-

ster-Zuwachs um vier Personen kann sich sehen lassen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Damit wurde die SPÖ unter ihrem Landesparteivorsitzenden Hannes Gschwentner gestärkt und hat ein deutliches Signal für einen beginnenden Aufschwung der Sozialdemokratie in Tirol gesetzt.“

Mit 22 Bürgermeistern an den Start gegangen, mit 26 ins Ziel gekommen

Große Freude herrscht bei Gschwentner und SPÖ Tirol-Frauenvorsitzender Gisela Wurm über den Erfolg. „Wir sind mit 22 Bürgermeistern an den Start gegangen und mit 26 Bürgermeistern ins Ziel gekommen“, so Gschwentner. Der Landesparteitag der SPÖ Tirol wurde mittlerweile für den 29. Mai 2010 einberufen. ♦



SPÖ Tirol

Für den Landesparteivorsitzenden der SPÖ Tirol Hannes Gschwentner ist das Ergebnis der Bürgermeister-Wahlen ein wichtiger Erfolg.

WIEN

Fekter ist ein Sicherheitsrisiko



Für den Wiener SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch ist klar: Die Innenministerin ist heillos überfordert.

Die Innenministerin unternimmt nichts gegen das Absinken des Sicherheitsniveaus in Wien, kritisiert Deutsch. Bereits im November haben 66.000 Wienerinnen und Wiener die Forderung der SPÖ nach 1.000 zusätzlichen Polizisten mit ihrer Unterschrift unterstützt. Fekter zeigt der Bevölkerung bis heute die kalte Schulter. Während Fekter untätig bleibt, kommt die Stadt Wien ihren Aufgaben nach: Neben finanzieller Unterstützung für die Polizei, übernimmt die Stadt beispielsweise einen Großteil der Parkraumüberwachung. ♦



Jobst

SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch: „Wir unterstützen die Polizei wo immer wir können – aber die Stadt kann das Versagen der VP-Innenministerin nicht völlig kompensieren.“

NIEDERÖSTERREICH

Neuer SPÖ-Klubobmann



Der SPÖ-Landtagsklub steht geschlossen hinter Wieselburgs Bürgermeister Günther Leichtfried als neuem SPÖ-NÖ-Klubobmann.

„Wichtig ist mir ein Auftreten gegen persönliche Egoismen und ein Eintreten für mehr Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, in der zunehmend der Stärkere den Schwächeren verdrängt“, so der Neo-Klubchef der SPÖ Niederösterreich, Günther Leichtfried, nach seiner Wahl. Für ihn stehen konsequente Politik und Sachlichkeit im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher im Vordergrund. Leichtfried folgt Landtagsabgeordnetem Helmut Cerwenka nach, der sich aus gesundheitlichen Gründen aus der Landespolitik zurückzieht. Niederösterreichs SPÖ-Chef, Sepp Leitner sieht in Leichtfried einen „kompetenten und gewissenhaften Nachfolger“. ♦



SPÖ NÖ

SPÖ Niederösterreich-Chef, LHStv. Sepp Leitner und Neo-Klubobmann Günther Leichtfried: Gemeinsam konsequente Politik und Sachlichkeit im Interesse der Niederösterreicher.



Moderne Familienpolitik für die nächsten 10 Jahre!

Gleichstellung, Bildung und der Kampf gegen Armut. Das sind die zentralen Dimensionen moderner Familienpolitik. Ist die Sozialdemokratie hier erfolgreich, ändert sie die Gesellschaft im Sinn der sozialdemokratischen Grundwerte. Wir können attraktive familienpolitische Visionen formulieren, die die Menschen begeistern.

„Die Sozialdemokratie muss die Gleichstellung der Geschlechter als zentrales politisches Projekt entdecken und sich an die Spitze dieser Bewegung setzen.“

Wie zu Kreiskys Zeiten geht es heute wieder darum, Perspektiven zu entwickeln, wie Kinder besser aufwachsen und Eltern verantwortungsvoll ihre Aufgaben bewältigen können.

Gleichstellung: Längst ist klar, dass es nicht möglich ist, kleine Kinder zu erziehen, einen Haushalt zu organisieren und einer anspruchsvollen Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Erst wenn die Väter in die Familienarbeit einsteigen, kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realistisch gelingen. Die bis heute verteidigte Rollenzuschreibung, dass Kinder Frauen- und Karriere Männersache ist, ist ein großes Unglück für unsere Gesellschaft. Die Sozialdemokratie muss die Gleichstellung der Geschlechter als zentrales politisches Projekt entdecken und sich an die Spitze dieser Bewegung setzen.

Wir brauchen in Zukunft ein Programm, das dazu führt, dass die Hälfte der Karenzzeit von Vätern konsumiert wird. Das Kindergeld muss daher neu gestaltet werden. Ideal sind 24 Monate einkommensabhängiges Kindergeld – 50 Prozent für jeden Elternteil. Wir brauchen auch ein neues Familienrecht, das Gleichstellung begünstigt und die gemeinsame Verantwortung für Kinder fördert. Ja – und ein männlicher Gleichstellungsbeauftragter der SPÖ, das wäre auch schön.

Bildung: Genauso wichtig ist unser Bildungssystem. Es sorgt aktuell dafür, dass alle Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten



Gernot Rammers Vision von Österreich im Jahr 2020: Weniger Armut durch mehr Arbeitsplätze, ein Rechtsanspruch auf Gratiskindergartenplätze, genügend Ganztagschulen und bessere Informationen über Fördermöglichkeiten.

bestehen bleiben. Unsere Kinder müssen sich Dinge merken, die sie nie brauchen und sie lernen nicht, was sie brauchen. Viele lernen nicht einmal lesen und schreiben. Es gibt keine Forschungsdisziplin im Bildungsbereich, die nicht zu diesen Ergebnissen kommen würde. Der Unterricht muss sich ebenso ändern wie die Organisation. Und die Elementarbildung, also der Kindergarten, muss in das Bildungssystem integriert werden.

In der Elementarstufe der Zukunft arbeiten Pädagogen als Kernfachkräfte, die gleichwertig wie Lehrer ausgebildet sind. Das Mittagessen ist in diesen Bildungseinrichtungen ebenso kostenlos wie der Besuch. Nach der Grundstufe (Volksschule) kommen alle Kinder in die Mittelstufe. Die Unterstufen-Gymnasien sind dann abgeschafft.

Kampf gegen Armut: Und schließlich die Familienarmut. Arme Kinder leben in

überbelegten Wohnungen, haben wenig Freundschaften, wenig Erfolg in der Schule und können sich die Selbstverständlichkeiten ihrer Mitschüler einfach nicht leisten. Die Bekämpfung der Armut erfordert die Solidarität der Besitzenden und ein schlaueres Bündel an politischen Maßnahmen.

2020 sollte die Armut eingedämmt sein. Etwa, weil es mehr Jobs mit einem höheren Mindestlohn gibt. Oder einen Rechtsanspruch auf Gratiskindergartenplätze, oder weil Informationen über Fördermöglichkeiten bei den armutsgefährdeten Menschen auch ankommen und genügend Ganztageschulplätze vorhanden sind. Arme Familien brauchen eine bessere Infrastruktur. Das ist wichtiger als so manche Transferleistung. ♦

Gernot Rammer ist Bundesgeschäftsführer der Kinderfreunde Österreich.

TERMINKALENDER

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2010

Bundespräsident Heinz Fischer auf Bundesland-Tour

Dienstag, 6. April Vorarlberg (Lustenau, Hohenems) Mittwoch, 7. April Burgenland (Gols, St. Andrä am Zicksee, Wallern) Donnerstag, 8. April Salzburg (Bürmoos, Salzburg) Samstag, 10. April Wien	Montag, 12. April St. Pölten Donnerstag, 15. April Kärnten (Velden, Krumpendorf, Klagenfurt) Freitag, 16. April Linz Mittwoch, 21. April Graz Donnerstag, 22. April Wiener Neustadt
---	--



Tatic

Weitere Informationen finden Sie auf www.heinzfischer.at

**Freitag bis Sonntag,
9. bis 11. April**



Festival der pädagogischen Arbeit der Kinderfreunde

Das Festival bietet den Mitarbeitern und Funktionären aller Bereiche der Kinderfreundearbeit spannende Bildungs- und Vernetzungsangebote. Neben Vorträgen gibt es zahlreiche Workshops und Seminare. Die Anmeldung erfolgt über die jeweilige Landesorganisation.

Information:

www.kinderfreunde.at

5020 Salzburg, Josef-Preis-Allee

Donnerstag, 15. April

Direkte Demokratie: Das Schweizer Beispiel

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog lädt im Rahmen der Reihe „Democracy Reloaded“ die Schweizer Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer Wyss zu einem Vortrag. Im Anschluss daran gibt es ein Gespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Anmeldung unter: 01 3188260/20 oder per E-Mail an: einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ,
1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Alexander Lutz
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtil, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Grebe
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.heinzfischer.at/unterstuetzen

Heinz Fischer braucht deine Unterstützung!

Bis zur Bundespräsidentenwahl am 25. April gibt es noch viel zu tun – jeder, der sich persönlich in die Wiederwahl-Kampagne einbringen möchte, ist herzlich willkommen. Von der Mitarbeit bei der Österreich-Tour, über die Einsendung von eigenen Fotos, Videos oder Texten, bis hin zur Werbe-Beklebung für das Auto – wer sich jetzt auf www.heinzfischer.at als Unterstützer registriert, bekommt zahlreiche

Möglichkeiten geboten, sich tatkräftig für Heinz Fischers Wiederwahl zu engagieren. Die „friends&fischer“-Box hilft beim Organisieren von Wahlkampf-Events im Freundes- und Bekanntenkreis, ebenso kann man seine Unterstützung im Web2.0 via Facebook oder Twitter kundtun. Neben der langen Liste an diversen Aktivitäten kann man die Kampagne natürlich auch mittels einer Geldspende unterstützen. ♦





Schweizer Besuch in der Hofburg

Bundespräsident Heinz Fischer empfing hohen Besuch aus der Schweiz. Die neue Präsidentin unseres Nachbarlandes, Doris Leuthard, kam zum Antrittsbesuch nach Wien. Neben Heinz Fischer traf sie sich auch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.



Aus alt wird neu

Die Generalsanierung des 40 Jahre alten Gymnasiums in Neusiedl am See wurde dieser Tage gestartet. Insgesamt werden 9,3 Millionen Euro investiert, u.a. für Brandschutz und thermische Sanierung. Bildungsministerin Claudia Schmied stellte der Schule als „Spitzenreiter bei Innovationsvorhaben“ beim Spatenstich ein gutes Zeugnis aus. Bei dem Festakt war unter anderem auch Burgenlands LH Hans Niessl anwesend.



Ein Herz für die Kleinen

Babybrei, -tee und -joghurt: Das überbrachte Gesundheitsminister Alois Stöger der Geschäftsführerin der Wiener Frauenhäuser, Andrea Brem. Mit den Waren im Wert von 800 Euro „wollen wir einen kleinen Beitrag zur Versorgung der Kinder leisten“, sagte Minister Stöger bei der Übergabe.

Frühjahrsputz in der Hauptstadt

Die Wienerinnen und Wiener machen zum Frühlingsbeginn nicht nur ihre Wohnungen, sondern auch ihre Stadt sauber. Vom 12. bis zum 23. April findet daher bereits zum fünften Mal die Aktion „Wien räumt auf! Mach mit!“ statt. „Mittlerweile ist unsere gemeinsame Putzaktion im Frühling schon eine Tradition, die bei der Wiener Bevölkerung auf große Begeisterung stößt“, freut sich Umweltstadträtin Ulli Sima.

